

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 03/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 28.09.2023,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:45 Uhr

Anwesend:

Erdem Akkaya	Anke Maurer	Martina Tallgauer-Bolte
Vincent Barth (bis 21:00 Uhr)	Marlin Meier	Marcus Tödtheide
Christian Kok	Janne Müller (ab 19:06 Uhr)	Renee Wagner (bis 21:34 Uhr)
Lars Köke (bis 21:15 Uhr)	Colin Nolte	Azalea Rahman (ab 19:23 Uhr)
Gabriele Mahro	Johannes Osterkamp	Britta Schmidt

Fehlend: Jens Oppermann (e), Ulrike Heuer (e), Vibke Martens (e), Kai Stührenberg (e)

Referent:innen: Herr Eggers (Amt für Straßen und Verkehr), Frau Bryson (Grünordnung Bremen), Frau Peters (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung), Herr Baniseth (Schüßler-Plan), Herr Schreckenber (ASP Atelier), Herr Paarmann (Kornquartier GmbH)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Der Ortsamtsleiter schlägt vor, die Tagesordnung um die folgenden Punkte zu ergänzen:

- NEU TOP 6: Bildung eines Regionalausschusses zum Klinikum Links der Weser
- NEU TOP 7: Haushaltsantrag zur Jugendförderung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit der Sitzung wird festgestellt und die Tagesordnung wird inklusive der vorgeschlagenen Ergänzung genehmigt. (einstimmig, bei zwei Enthaltungen)

TOP 2. Genehmigung der Protokolle vom 31.08.2023 (Nrn. 02/23-27)

Beschluss: Die vorliegenden Protokollentwürfe werden ohne Änderungen genehmigt. (einstimmig, bei einer Enthaltung)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**
 - -
- **Berichte der Beiratssprecher**
 - Der Beiratssprecher berichtet von der Jubiläumsfeier [10 JAHRE LUCIE – AB GEHT DAS FESTIVAL](#) am Lucie-Flechtmann-Platz.
 - Der Beirat sei derzeit im Begriff, gemeinsam mit anderen Akteur:innen im Stadtteil nach alternativen Orten zu suchen, die für die Drogenszene als Akzeptanzort fungieren könnten
 - Bericht von der Regionalkonferenz Süd "Klinikum Links der Weser" am 20.09.2023: Der Beiratssprecher kritisiert die Kommunikation im Zusammenhang mit der geplanten Veränderung, allerdings seien die Gründe nachvollziehbar und man müsse der Realität nun ins Auge blicken. Gemeinsam mit der Beiratssprecherin Woltmershausen werde er sich weiter für eine gute Gesundheitsversorgung im Bremer Süden einsetzen.

- **Berichte des Amtes**

- -

TOP 4. Vorstellung Projektstand Brücke (Geh- und Radwegebrücke) über die Kleine Weser, „Wesersprung Mitte“

Die anwesenden Referenten stellen den aktuellen Projektstand anhand einer [Power-Point-Präsentation](#) vor.

Anschließend bedanken sich die Beiratsmitglieder für die Vorstellung der Pläne.

Die FDP erkundigt sich im Anschluss an die Präsentation nach dem Zeitpunkt des Baubeginns sowie der voraussichtlichen Dauer der Bauarbeiten. Die Terminplanung werde nach Auskunft der Referenten Ende des laufenden Jahres kommuniziert. Hierfür wird um Verständnis gebeten.

Auch hinsichtlich des entstehenden Umleitungsverkehrs und der Koordination des Brückenbaus mit der Radverkehrsführung rund um den Baubereich werde das Projektteam zum Ende des Jahres mehr berichten können.

Auf die Frage eines Beiratsmitgliedes der Fraktion DIE LINKE regt einer der Referenten an, vonseiten des Beirates bei Bedarf einen Beschluss zu fassen, in dem Stellen für Sitzmöglichkeiten im Bereich der Brücke vorgeschlagen werden.

Ein Beiratsmitglied der CDU merkt an, dass Überschneidungen mit den Bauarbeiten der A281 und hieraus resultierenden Ausweichverkehren vermieden werden sollten. In Hinblick auf Fragen zur Dauer der Bauzeit sowie zur Finanzierung bittet Herr Eggers erneut um Verständnis, dass hierzu zum Ende des Jahres Auskunft gegeben werden könne. Heute könne man ausschließlich über die technische Planung des Kleinen Wesersprungs berichten.

Hinsichtlich der Frage mehrerer Beiratsmitglieder, ob die Baustellenzuwegung alternativ auch über den Sankt-Pauli-Deich erfolgen könne, erklärt Herr Baniseth, dass diese Möglichkeit geprüft worden sei, hierdurch jedoch der Krankenhausverkehr beeinträchtigt würde.

Aus dem Publikum vorgetragene Bedenken hinsichtlich der Baustellenzuwegung über den Piepebogen erklärt Herr Baniseth, dass hierzu derzeit noch eine Variantenuntersuchung stattfinde. Eventuell könnte die gegebenenfalls entstehende, verbreiterte Baustraße nach Abschluss der Baustelle erhalten bleiben.

Ein Bürger erkundigt sich hinsichtlich der Abstimmung und Koordination der geplanten Bauarbeiten mit anderen Projekten, wie z.B. dem Neubau des Gleichrichterwerkes und dem Bau des Großen Wesersprungs. Herr Eggers erklärt, dass man hierzu in Abstimmung mit der BSAG sei und Bauzeiten so gut wie möglich koordiniert würden. Der Bau des Gleichrichterwerkes werde voraussichtlich bereits im Jahr 2024 beginnen.

TOP 5. Vorstellung Bebauungsplan 2529 – E 1051 Kornquartier - TÖB-Beteiligung im Zuge der Ausbauplanung öffentliche Verkehrsanlagen

Herr Schreckenbergt stellt die Ausbauplanung öffentlicher Verkehrsanlagen im Erschließungsgebiet Kornquartier anhand einer [Präsentation](#) vor. Hierbei werde der Fokus auf ein autoarmes, modernes und grünes Quartier gelegt. Zum Quartier werde es lediglich drei Zufahrtsmöglichkeiten geben, wobei

zwei ausschließlich Zufahrt zu den beiden Mobilitätshäusern (Parkplatz, Carsharing, Bikesharing) ermöglichen. Die dritte Zufahrt werde für Lieferverkehre / Müllabfuhr und den entstehenden Verkehr zur KiTa geplant. Darüber hinaus werde das Quartier ausschließlich für Anliefer- und Entsorgungsverkehr freigegeben. Sämtliche Verkehrsflächen seien als Fußverkehrsflächen vorgesehen.

Auf Nachfrage eines Beiratsmitgliedes der CDU erklärt Herr Paarmann, dass die Erschließung beginnen werde, sobald der Erschließungsvertrag mit der Stadt abgeschlossen wurde. Voraussichtlich werde dies im Jahr 2024 der Fall sein. Man rechne mit einer Bauzeit von 5-6 Jahren.

Hinsichtlich Fragen der SPD-Fraktion zum Verkehrsmanagement bekräftigt Herr Schreckenber, dass ein nahezu autofreies Quartier das Ziel sei. Städte wie Kopenhagen würden beweisen, dass dies funktionieren könne. Hierfür sei auch eine soziale Kontrolle notwendig. Die ausschließliche Nutzung von Polern zur Vermeidung von Verkehren sei nicht praktikabel.

Weiter erklärt Herr Paarmann, dass zwischen 300 und 350 Wohneinheiten entstünden, die Wohnraum für ca. 600 Menschen bieten werden.

Auf die entsprechende Frage eines Beiratsmitgliedes von Bündnis 90/ Die Grünen erklärt Herr Schreckenber, dass das Mobilitätskonzept ausschließlich für das Erschließungsquartier ausreichen werde. Angrenzende Quartiere könnten hiervon nicht profitieren.

Hinsichtlich Fragen zum Entwässerungskonzept und zur möglichen Verwendung von Baum-Rigolen erklärt Frau Bryson als anwesende Referentin der Grünordnung, dass die Baum-Rigole aus baumphysiologischer Sicht kein optimaler Baumstandort und daher kritisch zu betrachten sei. Im Nachgang der Sitzung verweist Frau Bryson zum Thema „wassersensible Straßenraumgestaltung“ auf ein entsprechendes [Positionspapier](#) des GALK.

Anschließend wird die Querungsmöglichkeit der Kornstraße thematisiert, auf welche der vorliegende Beschlussvorschlag ebenfalls eingeht. Zurzeit sehen die Planungen lediglich eine Verkehrsinsel als Querungshilfe (ohne Zebrastreifen oder Ampel) vor. Insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Ausweichverkehre im Zusammenhang mit den Bauarbeiten der A281 bestehe hier Nachbesserungsbedarf, so der Beiratssprecher und ein Beiratsmitglied der Fraktion DIE LINKE.

Abschließend wird der vorliegende Beschlussvorschlag von Bündnis 90/ Die Grünen und DIE LINKE vorgestellt und mit einigen redaktionellen Änderungen zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: Der Beirat Neustadt nimmt die „Ausbauplanung öffentliche Verkehrsanlagen zum Bebauungsplan 2529“ zur Kenntnis und fordert die zuständigen Planer:innen sowie das Amt für Straßen und Verkehr darüber hinaus auf, anstelle der geplanten Verkehrsinsel einen hochgepflasterten Fußgängerüberweg vorzusehen, damit das gesicherte Queren der Kornstraße für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen barrierefrei gewährleistet ist. Der hochgepflasterte Fußgängerüberweg ist mit Bezugfertigkeit der Wohnungen herzustellen.

Begründung: Die Bürger:innen des zukünftigen Kornquartiers benötigen eine sichere Querungsmöglichkeit über die Kornstraße. Hierfür eignet sich besonders ein hochgepflasterter Fußgängerüberweg (Zebrastreifen). Zusätzlich zu dessen Funktion als Überweg, leistet er durch seine Eigenschaft als Bremsschwelle gleichzeitig einen kontinuierlichen Beitrag zur Aufmerksamkeitserhöhung der Autofahrer an dieser Stelle. Infolgedessen sinkt dauerhaft die Wahrscheinlichkeit überhöhter Geschwindigkeiten durch Autofahrer:innen rund um diese Querung und damit die Unfallgefahr. Damit erhöht diese Maßnahme gleichzeitig die Schulwegsicherheit für Kinder. Fußgänger:innen könnten auf

gleichbleibender Höhe queren, was insbesondere Menschen mit Behinderung zugutekommt. Darüber hinaus gäbe es keine längeren Verzögerungen für die Verkehrsteilnehmenden wie es bei einer Ampel der Fall wäre. Außerdem ist der hochgepflasterte Fußgängerüberweg im Vergleich zu einer Ampel die wirtschaftlichere Lösung, da Investitions- und Unterhaltungskosten niedriger ausfallen. Um die Belange des ÖPNV zu berücksichtigen, kann die Steigung der Hochpflasterung moderat ausfallen, sodass Busse und Notfahrzeuge auf der Kornstraße nicht übermäßig beeinträchtigt werden. Die Querung sollte auf Höhe des Rosenpfades sein, da es der direkteste Weg zur Straßenbahnlinie 4 ist. Mit Blick auf die Fertigstellung der A281 muss die Querung mit Bezugsfertigkeit des neuen Quartiers hergestellt sein, um von Beginn an das gesicherte Queren für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen über die Kornstraße sicherzustellen. (11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 6. Bildung eines Regionalausschusses zum Klinikum Links der Weser

Ein Beiratsmitglied der Grünen spricht sich zunächst dafür aus, dass die Ziele des möglichen Regionalausschusses klar formuliert werden müssten. Schließlich sei die Entscheidung zur Schließung des Klinikums Links der Weser nun endgültig und es müsse daher darum gehen, nach vorne zu schauen und sich zunächst einen Überblick über die aktuellen Zahlen und Planungen zu verschaffen, um die zukünftige gesundheitliche Versorgung im Bremer Süden zu planen.

Ein Beiratsmitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass sie die Zielformulierung des Ausschusses so auffasse, dass in Folge des Senatsbeschlusses dafür gesorgt werden solle, eine gute Gesundheitsversorgung im Bremer Süden zu erhalten.

Der Ortsamtsleiter ergänzt, dass er ebenfalls der Auffassung sei, dass es im zu bildenden Ausschuss um die Erarbeitung von Zukunftsperspektiven gehe.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag von Bündnis 90/ Die Grünen debattiert, welcher anschließend mit redaktionellen Änderungen zur Abstimmung gebracht wird.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bittet den Beirat Obervieland, zur Schließung des Klinikums Links der Weser und zur Begleitung der aktuellen und weiteren Nachfolge-Entwicklungen, einen Regionalausschuss gemäß §24 Abs. 1 BeirOG zu bilden. Der Beirat Neustadt möchte dem Regionalausschuss angehören und darin unter anderem die folgenden Fragen klären:

- Gibt es oder wurde mit der Erstellung eines Konzeptes für eine medizinische Einrichtung, MVZ oder Level1-Krankenhaus begonnen und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?
- Wie ist die aktuelle medizinische Versorgung im Bremer Süden zu beurteilen und wie wird es in naher Zukunft sein? (Nachfolge von Haus- und Fachärzten, die in Ruhestand gehen)
- Wie wird der Übergang vom LDW zu der dann neuen medizinischen Variante geplant und wo können die Bürger:innen nach der Schließung in Notfällen behandelt werden?

Dem Regionalausschuss sollten die Beiräte des Bremer Südens und der Beirat Östliche Vorstadt (der über die Verlagerung von Betriebsteilen dorthin ebenfalls direkt betroffen ist) angehören. Die Geschäftsführung dieses Ausschusses soll das Ortsamt Obervieland übernehmen. Über Details (Anzahl der Vertreter:innen pro Beirat, Beschlussfähigkeit) erfolgt eine Einigung im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Regionalausschusses. (einstimmig, bei zwei Enthaltungen)

TOP 7. Haushaltsantrag zur Jugendförderung

Zunächst wird der vorliegende Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion vorgestellt, welcher anschließend zur Abstimmung gestellt wird.

Beschluss: Die Kinder- und Jugendarbeit in der Neustadt trägt dazu bei, positive Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen zu gestalten. Sie beteiligt Kinder und Jugendliche an der Ausgestaltung der Jugendarbeitsangebote und befähigt sie, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebenswelt einzumischen. Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit ist unverzichtbar für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Der Beirat Neustadt setzt sich daher für eine langfristige finanzielle Absicherung der Kinder- und Jugendförderung ein. Alle Einrichtungen der Offenen Kinder und Jugendarbeit in der Neustadt werden von den Kindern und Jugendlichen häufig besucht und müssen erhalten werden. Ein großes Thema in den Einrichtungen ist das Gelingen der Übergänge von der Schule in den Beruf bzw. die Ausbildung oder das Studium. Hier äußern Jugendliche immer wieder Bedarfe in der Unterstützung bei Bewerbungen. Deshalb ist es sinnvoll, hier stärker Unterstützung für die Jugendlichen anzubieten. Das vorhandene Stadtteilbudget ist nicht auskömmlich, um die Bedarfe der Jugendförderung in der Neustadt zu decken. Kostensteigerungen im Bereich der Energie und zu erwartende Tarifsteigerungen verschärfen die Situation zusätzlich. Der Beirat Neustadt fordert daher die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, die Mittel für die stadtteilbezogene Offene Jugendarbeit um mindestens 10% zu erhöhen. (einstimmig)

TOP 8. Haushaltsantrag „Skaten in der Neustadt“

Der vorliegende Beschlussvorschlag von Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD wird zunächst verlesen und dann zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Beirat fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, in ihren Entwurf der Haushalte für die Jahre 2024 und 2025 eine ausreichende Summe einzustellen, damit ein neuer Skateplatz in der Neustadt geplant und hergestellt werden kann. Darüber hinaus fordert der Beirat Neustadt die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, eine 300 - 400m² große Skateanlage auf einer Fläche in der Nähe des Bahnhofs Bremen-Neustadt auch tatsächlich herzurichten - sie liegt entlang der Straße „Am Neustadtsbahnhof“ neben der Freilauffläche für Hunde und wird zurzeit als Bolzplatz genutzt. Der Beirat Neustadt fordert von der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung die Freigabe dieser Fläche, damit diese als Platz zum Skaten umgestaltet werden kann. Die angefragte Fläche bietet zudem Potenzial als Multifunktionsplatz (z.B. Bolzplatz, Basketballkörbe). Einen derartigen Ausbau wollen wir für die Zukunft offenhalten und bei Möglichkeit sukzessiv durchführen.

Begründung: Auf dem Schulhof der Schule am Leibnizplatz hat sich eine Szene von Skater:innen etabliert. Leider führt der durch die Skater:innen entstehende Lärm zu Konflikten mit den Anwohner:innen. Nach einer - gemeinsam mit einigen Skater:innen vorgenommenen - Begehung möglicher Standorte für eine Skatefläche, die weniger oder keine Konflikte verursacht, wünscht sich der Beirat Neustadt den Umbau der oben genannten Fläche als Freizeitfläche für die Skater:innenszene. Der Beirat Neustadt findet, dass bestehende Subkulturen wie die Skater:innenszene, den Stadtteil bereichern und setzt sich daher für den oben ausgeführten Kompromiss ein, welcher der Unterstützung des Senats bedarf. (einstimmig)

TOP 9. Stellungnahme zu: Antrag auf marktrechtliche Festsetzung für „Lichter der Neustadt 2023“

Da keine Einwände vorgetragen werden, nimmt der Beirat den Antrag auf marktrechtliche Festsetzung für die Veranstaltung „Lichter der Neustadt 2023“ zur Kenntnis.

TOP 10. Beschlussfassung zu Globalmittelnträgen (optional)

-

TOP 11. Verschiedenes

-

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokollführung